

## Einfach nicht genug zum Leben – Die Ausbreitung unfreiwilliger Teilzeitarbeit stoppen



In den vergangenen Jahren wurden Niedriglohnstrategien als wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Erfolgsmodell gepriesen. Insbesondere in Ostdeutschland wurden Werbekampagnen für einen Standort mit „billigen Arbeitskräften“ salonfähig. Diese sollten Unternehmen nach Ostdeutschland anlocken, Lohndumping als Standortvorteil war offiziell auf dem Vormarsch. Nicht zuletzt Dank der Hartz-Reformen.

Die Hartz-Reformen haben zu einer massiven Fragmentierung und Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse geführt. Vor allem hat die unfreiwillige Teilzeitarbeit in bedrohlichem Maße an Bedeutung gewonnen. In immer mehr Branchen wie dem Einzelhandel oder der Gebäudereinigung wurden nur noch Teilzeitarbeitsplätze angeboten – häufig auf der Basis von Minijobs. Aber für die meisten Teilzeitbeschäftigten in Ostdeutschland ist Teilzeitarbeit offensichtlich eine Notlösung. Die Beschäftigten – überwiegend Frauen, aber auch immer mehr Männer – erhalten in der Regel geringere Stundenlöhne als vergleichbare Vollzeitkräfte mit der Folge, dass häufig zusätzlich Lohnersatzleistungen beantragt werden müssen und die Altersarmut bei dieser Gruppe der Beschäftigten vorprogrammiert ist.



Unfreiwillige Teilzeit und Unterbeschäftigung ist zum strukturpolitischen Problem geworden. Die Fragmentierung von Arbeit – die wesentlich mit dem Boom von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung einherging – ist vor allem in den neuen Bundesländern so weit fortgeschritten, dass große Teile der Arbeitswelt davon bestimmt sind. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gingen 16 Prozent (4,9 Millionen Personen) aller abhängig Beschäftigten in ganz Deutschland im Jahr 2008 einer Teilzeitbeschäftigung mit einer Wochenarbeitszeit von maximal 20 Stunden nach. Doch während im früheren Bundesgebiet „nur“ 17 Prozent der Teilzeitbeschäftigten keine Vollzeitstelle gefunden haben, waren es in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) rund 65 Prozent der befragten Teilzeitbeschäftigten. Für die große Mehrheit der Betroffenen in Ostdeutschland ist Teilzeitarbeit mittlerweile die einzige berufliche Perspektive, wenn sie nicht in den Westen auswandern wollen. Die Ergebnisse einer Studie des Wissenschaftszentrum Berlin zeigen, dass viele Teilzeitarbeitnehmerinnen gern länger arbeiten würden.

Mit der Fragmentierung von Arbeit wurden und werden Löhne massiv gedrückt. Es zeigt sich, dass vor allem Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte überproportional von niedrig(st)en Löhnen betroffen sind. Mitbestimmung und Kollektivverhandlungen werden erschwert. Mit der Segmentierung von Arbeit und dem Boom der Minijobs und anderer marginaler Teilzeitarbeitsverhältnisse wird die betriebliche und gewerkschaftliche Organisations- und Verhandlungsmacht geschwächt.

Deutschland war lange für eine ausgeglichene Lohnstruktur bekannt, die Einkommensunterschiede waren relativ gering. Während jedoch der Niedriglohnanteil in den meisten EU-15 Ländern stagnierte oder abnahm, stieg er in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre sogar an. Im Jahr 2000 lag der Anteil nach Angaben der Europäischen Kommission erstmals über dem EU-Durchschnitt.

Insbesondere die Einführung der Minijobs war in den letzten Jahren eine wichtige Triebfeder für die weitere Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung. Mit der Aufhebung der Begrenzung der Wochenstundenzahl auf 15 Stunden wurde dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet! Zwar ist die Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz unzulässig. Jedoch gibt es deutliche Hinweise darauf, dass MinijobberInnen in Betrieben häufig niedrige Löhne erhalten als vergleichbare sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Dies tritt auch in Betrieben mit Tarifbindung auf. So führt unfreiwillige Teilzeitarbeit in Kombination mit Niedriglöhnen zu einer massiven Ausweitung der Beschäftigungsverhältnisse, die eine dauerhafte Existenzsicherung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer untergraben.

In ganz Deutschland arbeiten vor allem Frauen in Teilzeit. Zweifellos ist die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen positiv. Aber immer mehr Frauen teilen sich ein immer kleineres Stück vom Kuchen: Seit Jahren sinken die durchschnittliche Arbeitszeit und der Verdienst von Frauen, während sich das Gesamtarbeitsvolumen nicht erhöht. Das liegt vor allem daran, dass hierzulande immer noch sozial- und steuerpolitische Anreize für die traditionelle Arbeitsteilung gesetzt werden. Dabei sieht die gesellschaftliche Realität längst anders aus. Denn die Ernährerehe hat es in Ostdeutschland traditionell nicht gegeben und in Westdeutschland ist sie ein Auslaufmodell: Bereits heute leben  $\frac{3}{4}$  der Teilzeitbeschäftigten in Ost- und  $\frac{2}{3}$  in Westdeutschland überwiegend von ihrem Einkommen aus Teilzeitarbeit.

Frauen sind schon lange keine Zuverdienerinnen mehr. Denn die politische Ausweitung des Niedriglohnssektors und massive Reallohnverluste der Vergangenheit haben dazu geführt, dass die Bedeutung der Einkommen der Arbeitnehmerinnen für das Haushaltseinkommen in Deutschland zugenommen hat. Und spätestens in der aktuellen Wirtschaftskrise kehren sich die Verhältnisse teilweise um. Bisher gut verdienende Facharbeiter in den Regionen mit hohem Exportanteil gehören zu den am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Beschäftigungsgruppen. Immer mehr Frauen, die überwiegend im Dienstleistungssektor tätig sind, werden zu Familienernährerinnen. Dafür reicht aber ein Einkommen aus der Teilzeitarbeit in der Regel nicht aus. Hier wächst der politische Handlungsdruck im doppelten Sinne: Zum einen müssen mehr Vollzeitstellen bereitgestellt werden und zum anderen müssen Niedriglöhne mittels Mindestlöhne zurückgedrängt werden. Ansonsten brechen die Haushaltseinkommen massiv ein mit verheerenden sozialen Verwerfungen, die den sozialen Frieden beeinträchtigen können.



Unfreiwillige Teilzeitarbeit muss zurückgedrängt und Mindestlöhne eingeführt werden, um Armutslohne und spätere Altersarmut zu vermeiden. Minijobs sind häufig parzellierte Vollzeitarbeit und müssen dringend in reguläre Beschäftigung umgewandelt werden. Als Sofortmaßnahme brauchen wir die Wiedereinführung der zeitlichen Obergrenze von 15 Stunden pro Woche bei MiniJobs.

Gerade in der Wirtschaftskrise zeigt sich: Niedriglohnstrategien waren schon im Aufschwung kein Erfolgsmodell und werden in der Wirtschaftskrise zur Achillesferse der deutschen Konjunktur. Denn sie entwerten Qualifikationen und dämpfen zudem die Binnenmarktnachfrage! Nicht nur in Ostdeutschland muss künftig nicht auf Billiglohn, sondern auf ein hohes Bildungsniveau und qualitativ hochwertige Arbeit gesetzt werden. Das Thema „Gute Arbeit“ gehört ins Zentrum der Wirtschaftsförderung.

„Gute Arbeit“ darf jedoch nicht nur auf die Kernbereiche der industriellen Produktion beschränkt werden. Mit Blick auf die skandinavischen Länder wird deutlich, dass ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat in Krisenzeiten seine Überlegenheit zeigen kann, indem er die Binnennachfrage stärkt. Misst man die gängigen Indikatoren ökonomischen Erfolgs wie Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität und öffentliche Verschuldung, war das wohlfahrtsstaatliche Modell in Skandinavien bereits vor der Krise erfolgreicher als die neoliberalen Modelle in Großbritannien oder den USA. Durch eine

andere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik gerät der öffentliche Sektor in der Krise weniger unter Legitimationsdruck als beispielsweise in Deutschland. Der skandinavische Wohlfahrtsstaat ist nicht zuletzt deshalb wirtschaftlich erfolgreich, weil er die eigenständige Existenzsicherung von Frauen mit vergleichsweise „Guter Arbeit“ in der Versorgungsökonomie verknüpft.

Die Rolle, die der Sozialstaat bei der Stabilisierung der Wirtschaft spielen kann, ist in der deutschen Diskussion der vergangenen Jahre nicht nur ignoriert worden. Die Gegner des Sozialstaates haben seine Regulierungen sogar für die Arbeitsmarktprobleme verantwortlich gemacht.

Derzeit ist von der Renaissance des Staates die Rede. Aber welcher Staat ist gemeint? Wir wollen einen Sozialstaat, der den Ausbau sozialer Dienstleistungen als Produktivkraft erkennt. Die Attraktivität des Industriestandortes Deutschland hängt von öffentlichen Investitionen in Bildung und Forschung, in den Umweltschutz und eine moderne Infrastruktur ab. Der Staat kann als Investor soziale und ökologische Innovationen initiieren, bevor sie Marktreife erlangen – und er muss wieder eine Vorbildfunktion für „Gute Arbeit“ übernehmen. Die Politik muss endlich wieder das Heft des Handelns ergreifen.